

Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die Sitzung **des Gemeinderates Düben**

Sitzungstermin:	Montag, 13.03.2006
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	im Gemeindehaus, Dorfstraße 44,

Anwesend waren:

Bürgermeister Hartmut David

stellv. Bürgermeister

Herr Rainer Keil

Gemeinderat

Herr Raik Becker

Herr Hans-Peter Dirksen

Herr Andreas Düben

Herr Günter Henschel

Herr Gerhard Müller

Herr Hans-Jürgen Peters

Verwaltung

Frau Noeßke

Bürgermeisterbereich

Es fehlte: keiner

Gäste: keine

Beschlussfähigkeit war gegeben: ☒

war nicht gegeben: ☐

Protokoll:

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**
 Der Bürgermeister begrüßte alle anwesenden Gemeinderäte und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte er auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.
 Danach wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
8	8	0	8	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**
 Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Gemeinderäte, sofern sie sich bei einem Tagesordnungspunkt vom Mitwirkungsverbot betroffen fühlen, dies vor der Diskussion zu dem entsprechenden TOP mitzuteilen haben und die betreffende Person im öffentlichen Teil der Sitzung im Zuschauerraum Platz zu nehmen und im nichtöffentlichen Teil den Sitzungssaal zu verlassen hat.

3. **Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates vom 23.01.2006**
 GR Peters beanstandete, dass auf Seite 5, 3. Absatz, seine Aussage fehlt, dass er nicht gewusst hat, dass GR U. David noch Geld bezieht.
 Weiterhin ist auf Seite 7, 2. Absatz, 1. Satz das Wort interpretieren zu korrigieren. Es muss heißen „GR Peters verlangte Einblick in die Protokolle ... des Gemeinderates **dokumentieren** will.“

Mit diesen Änderungen bestätigte der Gemeinderat diese Niederschrift wie folgt:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
8	8	0	6	1	1

4. **Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Gemeinderates gemäß § 50 (2) GO LSA**
 Der Bürgermeister gab bekannt, dass keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der letzten Sitzung gefasst wurden.
5. **Einwohnerfragestunde**
 Die Einwohnerfragestunde entfiel, da keine Einwohner anwesend waren.

6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006

Vorlage: DÜB-BV-038/2006

GR Peters fragte zur Vermögensentwicklung auf Seite 8 an, ob mit höheren Zuführungen zu rechnen ist.

Der Bürgermeister verneinte dies und machte darauf aufmerksam, dass die Jahresrechnung 2005 noch nicht abgeschlossen ist, so dass man mit einer Rücklage von ca. 50 T€ rechnet.

GR Peters hinterfragte, ob der Rücklagenbestand für 2006 (S. 8) 21,0 T€ beträgt. Der Bürgermeister antwortete, dass man aus der Rücklage nichts entnehmen muss, wenn man nicht investiert. Da aber in das DGH investiert wurde und hierfür noch nicht alles ausgegeben wurde, konnte es erst einmal wieder in die Rücklage genommen werden, um es dann in diesem Jahr wieder neu heraus zu nehmen.

Auf die Anfrage von GR Müller, ob die 20 T€ für die Fassadensanierung des DGH schon ausgegeben wurden, antwortete der Bürgermeister, dass erst die Hälfte, ca. 11,5 T€ bezahlt wurden. Die Schlussrechnung erfolgt erst nach der Endabnahme, aber bei der derzeitigen Kälte ist eine Mängelbeseitigung nicht möglich. GR Henschel informierte, dass die Abnahme bereits im Dezember stattfand, wobei Mängel speziell am Eingang festgestellt wurden. Die Mängelbeseitigung kann aber erst im kommenden Frühjahr erfolgen.

GR Peters wollte wissen, welche Dienstleistungen unter der 0200.6221 an die B & A gezahlt werden.

Der Bürgermeister erklärte, dass es sich hierbei um Verwaltungsgebühren an die B & A handelt. Von der B & A wird auch die Leiterin des Jugendclubs gestellt. Dies wurde früher unter der 6220 mit bezahlt.

GR Peters fragte zur Erhöhung der HH-Stelle 6400 – Steuern, Versicherungen, Schadensfälle – nach. Der Bürgermeister erläuterte, dass die HH-Stellen 1100.5400 und 1100.6400 auf Null gesetzt und in dieser HH-Stelle mit eingestellt wurden.

GR Müller erkundigte sich, was aus der HH-Stelle 0300-6550 bezahlt wird.

Der Bürgermeister antwortete, dass hiervon die Rechnungsprüfung bezahlt wird und verweist auf die Jahresrechnung 2004, wonach 792,00 € ausgegeben wurden. Sicherheitshalber wird immer etwas mehr eingestellt, der Rest kommt in die Rücklage.

Zur HH-Stelle 5800.5100 fragte GR Peters nach, ob es sich hierbei um das DGH handelt.

Der Bürgermeister verwies auf Seite 30, HH-Stelle 7600.5000, bei der Maler- und Trockenarbeiten für das DGH eingestellt wurden.

Zur HH-Stelle 5800.5500 – Rep. Traktor schlug GR Peters vor, einen neuen Traktor anzuschaffen, da die Reparaturen immer mehr und somit teurer werden. Mit diesen 1.500 € wird auch wieder nur der Motor repariert.

Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, dass bei der Anschaffung eines neuen Traktors mit Kosten ab 10 T€ zu rechnen ist. Auch steht die Frage, wie lange und wie oft wird überhaupt ein Traktor benötigt.

GR Peters entgegnete, dass die Angst bestand, dass der Traktor bei einer Eingemeindung verloren geht. Dem kann man entgegenwirken, wenn man ihm einen Verein übergibt.

GR Müller gab zu bedenken, dass der Traktor 15 Jahre alt ist und mit den jährlichen Notreparaturen immer höhere Kosten entstehen.

Der Bürgermeister antwortete, dass der Kauf eines Traktors schon einmal zur Diskussion stand und vom Gemeinderat abgelehnt wurde.

GR Peters fragte den Gemeinderat, wie er zur Anschaffung eines Traktors zum jetzigen Zeitpunkt steht.

Auf die Anfrage von GR Keil, woraus das Geld zur Anschaffung genommen werden soll, antwortete der Bürgermeister, dass dies aus der Rücklage erfolgen könnte.

GR Keil wies darauf hin, dass man vor Anschaffung die Auslastung überdenken sollte. Die Auslastung wurde von GR Henschel angezweifelt, da der Traktor zurzeit nur von Gemeindearbeitern (ABM oder 1-Euro-Job's) genutzt wird.

GR Peters zog seine Anfrage zum Kauf eines Traktors zurück, da keine mehrheitliche Zustimmung durch den Gemeinderat vorlag.

Der Bürgermeister gab den Hinweis, dass der Kauf eines Traktors evtl. in den Haushalt 2007 eingestellt werden kann bzw. falls sich doch noch in diesem Jahr die Notwendigkeit ergibt, ein Nachtragshaushalt beschlossen werden muss.

Der Bürgermeister gab Erläuterungen zu Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen auf der HH-Stelle 9000. Zur Kreisumlage merkte er an, dass die vom Landkreis angekündigten 43 % in den Haushalt eingestellt wurden. Er wies darauf hin, dass Wittenberg die Kreisumlage auf 47 % und Köthen auf 45 % erhöhen will.

Der Bürgermeister informierte, dass im VmH unter der HH-Stelle 1300.9350 7.400 € für die Anschaffung eines Aggregats eingestellt wurden. Ferner wurden im VmH auf der HH-Stelle 2100.9820 Zuweisungen für Investitionen an der Grundschule und im Kita eingestellt, da die Gemeinden anteilig daran beteiligt werden.

GR Peters wollte wissen, warum auf der HH-Stelle 6300.3500 für Straßenausbaubeiträge nur 49 T€ als Haushaltsansatz 2005 eingestellt wurden, obwohl ca. 63,5 T€ auf die Bürger umgelegt werden sollten. Dies konnte der Bürgermeister nicht beantworten, so dass GR Peters von der Verwaltung Auskunft verlangt. Er wird dies, gemeinsam mit GR Müller, im Bauamt hinterfragen.

Die Anfrage von GR Peters zur HH-Stelle 7801.9870 – Ortsvermessung – beantwortete der Bürgermeister dahingehend, dass im Zuge der Flurneuordnung Ortsvermessungen durchgeführt werden, wovon 90 % der Kosten das Land trägt.

Zur HH-Stelle 8800.9320 – Grundstücksregulierung Straße – erklärte der Bürgermeister, dass hierfür sicherheitshalber Kosten eingestellt wurden.

GR Peters hinterfragte das Investitionsprogramm, Seite 6, 6150.9423 – Ortsdurchfahrt Gehwege -, worauf der Bürgermeister mitteilte, dass es sich hierbei wahrscheinlich um das Radwegeprogramm handelt.

GR Peters sprach nochmals das Thema Straßenausbaubeitragssatzung an wozu ihm ein Schreiben vom Nov. 2004 vorlag, in dem die Wendeschleife bereits rausgerechnet wurde und somit der umlagefähige Aufwand bei 63.509,00 € liegt. Dies ergibt eine Mindereinnahme von ca. 14 T€ für die Gemeinde. Die Fraktion des Bürgerblocks wird sich hierzu eine Erklärung von Herrn Waldhoff geben lassen. GR Peters schlug vor, wie es auch die GO LSA vorsieht, dass man diesen einen Punkt zurückstellt und später noch einmal darüber abstimmt.

Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, dass es sich bei den Straßenausbaubeiträgen um den Haushaltsansatz von 2005 handelt und zur Beschlussfassung der Haushalt 2006 ansteht. Wird der Haushalt heute nicht beschlossen, kann er nicht bei der KAB angezeigt und somit nur die Pflichtaufgaben erledigt werden.

Danach wurde der Haushalt 2006 vom Gemeinderat wie folgt beschlossen:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
8	8	0	7	0	1

7. Austritt der Gemeinde Düben aus dem SGSA

Vorlage: DÜB-BV-039/2006

Der Bürgermeister informierte, dass die Gemeinde Düben und die Verwaltungsgemeinschaft im SGSA Mitglied sind. Ab 2006 ist ein Mitgliedsbeitrag in Höhe von 80,00 € zu zahlen. Da die VWG als Mitglied im SGSA die Interessen der Gemeinde Düben vertritt und um Kosten zu sparen, wird vorgeschlagen, aus dem SGSA als Gemeinde auszutreten. Ein Austritt ist laut Verbandssatzung erst zum Ende des darauffolgenden Geschäftsjahres und somit zum 31.12.2007 möglich. Auf die Anfrage von GR Henschel, warum die Gemeinde erst eingetreten ist, antwortete GR Peters, dass der Eintritt bereits Anfang der 90er Jahre erfolgte, als die Gemeinde Düben noch nicht der VWG angehörte.

Danach wurde die Beschlussvorlage wie folgt bestätigt:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
8	8	0	8	0	0

8. Anträge, Anfragen und Mitteilungen

Der Bürgermeister informierte über die ihm vorliegende Stundenabrechnung der Firma Forst und Umweltdienst Schröter zum Winterdienst, wonach im Dezember 30 h, im Januar 53 h und im Februar 81 h geleistet wurden. Ob die im Haushalt dafür eingestellten Kosten ausreichen, ist fraglich.

GR Keil fragte nach, ob es für den Winterdienst nicht einen Festpreis gibt.

Der Bürgermeister bejahte dies, aber einen Stundenpreis, weshalb er angehalten wurde, den Stundennachweis zu erbringen. Das Angebot beinhaltete auch eine Senkung der Kosten, wenn die gesamte VWG den Winterdienst von ihm durchführen lässt.

GR Müller warf ein, dass ihm die BV zum Winterdienst vorliegt und korrigierte, dass hierfür ein Festpreis von 5.900,00 € für die Zeit vom 15.11. – 31.3. eingestellt wurde und nicht nach Stunden abgerechnet wird.

Der Bürgermeister wird sich dazu in der Verwaltung erkundigen.

GR Henschel kritisierte erneut die Ausführung des Winterdienstes.

GR Becker sprach an, einen anderen Stellplatz für die Glascontainer zu suchen, da diese auf dem Dorfplatz die Ansicht verschänden. Ferner werden die Einwurfszeiten nicht beachtet, so dass die Anwohner am Wochenende einer Lärmbelästigung ausgesetzt sind. Er schlug einen Platz am Neubaugebiet vor und bat den Gemeinderat um Vorschläge für einen evtl. Stellplatz.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass für die Glascontainer grundsätzlich nur Gemeindegrundstücke zu verwenden sind und die Gemeinde Düben kein anderes Grundstück mehr im Eigentum hat. Sie müsste für einen anderen Stellplatz ein Grundstück ankaufen. Auch wurde extra dieser Stellplatz errichtet.

GR Peters schlug vor, dass der Einwurf in die Glascontainer mit Hilfe einer Satzung geregelt werden könnte, worauf der Bürgermeister einwarf, dass die Einhaltung dieser Satzung dann auch kontrolliert werden muss.

Der Bürgermeister informierte zum Thema Wahlwerbung an Masten über ein Schreiben des Ministerium des Inneren, Landeswahlleiter, vom 24.2.1998. Darin wird mitgeteilt, dass Werbung von politischen Parteien und Wählergruppen für Wahlen gem. Art. 21 GG im öffentlichen Interesse liegt und daher nicht behindert werden darf. Auch eine Gebührenerhebung für Wahlwerbung sowie die Beschränkung der Anzahl der Plakate ist nicht möglich.

Wenn der Gemeinderat die Wahlwerbung an Lampenmasten in der Gemeinde verbieten möchte, muss er eine Alternative dazu anbieten. Ein Anbringen an privaten Häusern oder Zäunen ist nicht zulässig.

GR Peters sagte, dass er bereits mit Herrn Rauchfuß darüber gesprochen hat und er seine Scheunenwand zur Verfügung stellen würde. Auch das Gelände an der Brücke wäre dafür geeignet. Ihm geht es darum, dass die Beschichtung der Lampenmasten nicht beschädigt wird.

Der Bürgermeister merkte an, dass die Parteien ihre Wahlplakate mit Kabelbinder anbringen und damit die Masten nicht beschädigt werden können.

GR Henschel schlug vor, in der Gemeinde eine Art Werbefläche zu schaffen.

GR Peters warf ein, dass dies mit Kosten für die Gemeinde verbunden wäre.

GR Peters zitierte die Stellungnahme aus der Jahresrechnung 2003/2004 hinsichtlich der Rückforderung der Pauschalentschädigung des GR U. David. Er hinterfragte, wie Herr U. David sein Ehrenamt wahrgenommen hat. Daneben kritisierte er, dass der Bürgermeister die Stellungnahme zur Jahresrechnung unterschrieben hat, obwohl er sich vom Mitwirkungsverbot betroffen fühlt.

Der Bürgermeister entgegnete, dass er die Stellungnahme von der Verwaltung zur Unterschrift vorgelegt bekommen hat (§ 108 Abs. 2 GO LSA). Weitere Auskünfte kann nur der stellv. Bürgermeister, GR Keil, geben, da er in dieser Angelegenheit befangen ist. Er schlug vor, das Thema im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

GR Peters wandte ein, dass über Konsequenzen bzw. Personen im nichtöffentlichen Teil gesprochen muss. Hier soll nur die Frage geklärt werden, wie hat er sein Ehrenamt wahrgenommen und das ist seiner Meinung nach öffentlich.

Nachdem es keine weiteren Anträge, Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Bürgermeister den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 15.03.2006

Hartmut David
Bürgermeister

Noeßke
Protokollantin